

EUROPA-INFORMATIONEN

VERTRETUNG DES LANDES MECKLENBURG-VORPOMMERN BEI DER EU

10. März 2022

REPower EU – Die EU will vor 2030 unabhängig von russischer Energie werden

Angesichts der russischen Invasion der Ukraine hat die Europäische Kommission am 9. März 2022 den Entwurf eines **Plans** vorgestellt, **mit dem Europa deutlich vor 2030 von fossilen Brennstoffen aus Russland**, zunächst von Gas, **unabhängig gemacht werden soll**.

Dieser Plan enthält auch eine Reihe von **Maßnahmen als Reaktion auf die steigenden Energiepreise** in Europa und zur **Wiederauffüllung der Gasvorräte für den nächsten Winter**. Europa ist zwar schon seit mehreren Monaten mit einem Anstieg der Energiepreise konfrontiert, das Problem wird jetzt aber durch die unsichere Versorgung in der Folge des Ukrainekriegs verschärft. Durch REPowerEU sollen die Gasversorgung diversifiziert und die Einführung von Gas aus erneuerbaren Quellen für Heizung und Stromerzeugung beschleunigt werden. Dadurch soll die Nachfrage der EU nach russischem Gas schon vor Ende des Jahres 2022 um zwei Drittel verringert werden.

REPowerEU – Beseitigung der Abhängigkeit von russischem Gas vor 2030

Die EU bezieht ca. 46% des von ihr verbrauchten Erdgases aus Russland. Je weiter östlich ein Mitgliedstaat liegt, desto größer ist in der Regel auch die Abhängigkeit von russischer Energie. Diese Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen aus Russland soll deutlich vor 2030 schrittweise beendet werden. Hierfür schlägt die Kommission vor, den Plan „RePowerEU“ vor. Dieser Plan beruht auf mehreren Säulen:

- Substitution russischen Erdgases durch andere Lieferanten
- höhere Einfuhren von Flüssiggas (LNG)
- Steigerung der Produktion und der Einfuhren von Biomethan und Wasserstoff aus erneuerbaren Quellen
- schnellere Verringerung der Nutzung fossiler Brennstoffe
- Steigerung der Energieeffizienz
- Ausbau der erneuerbaren Energien
- Elektrifizierung von Infrastruktur

Die Kommission rechnet vor, dass durch eine vollständige Umsetzung der Vorschläge im Rahmen des Pakets „Fit für 55“ und den Maßnahmen im Rahmen des Plans „REPowerEU“ ca. **155 Mrd. Kubikmeter fossiles Gas eingespart werden könnten; dies entspräche der Menge, die 2021 aus Russland eingeführt wurde (davon alleine 56 Mrd. Kubikmeter aus der Pipeline Nord Stream 1)**. Damit wäre die Abhängigkeit der EU von einem einzelnen Lieferanten beendet.

Dringlichkeitsmaßnahmen zu Energiepreisen und Gasspeicherung

Bereits im letzten Oktober hatte die EU-Kommission die „**Energiepreis-Toolbox**“ vorgelegt. Diese sollte dabei helfen die Auswirkungen hoher Preise auf Verbraucherinnen und Verbraucher abzufedern, indem z.B. Energiekostenzuschüsse an Endverbraucher ausgereicht werden können. Die Kommission ergänzt diese Regelungen nun um zusätzliche Leitlinien, die **Preisregulierungen der Energiepreise** in Ausnahmefällen zulässig sind. Hiermit sollen z.B. kurzfristige Preisspitzen am Spotmarkt ausgeglichen werden, bis die Preise wieder sinken. Außerdem wird darin dargelegt, wie die Mitgliedstaaten Einnahmen aus den hohen Gewinnen des Energiesektors und aus dem Emissionshandel an die Verbraucher umverteilen könnten.

Die EU-Vorschriften über staatliche Beihilfen sollen den Mitgliedstaaten ebenfalls Möglichkeiten bieten, **von hohen Energiepreisen betroffene Unternehmen kurzfristig zu unterstützen** und ihnen zu helfen, ihre Anfälligkeit gegenüber Schwankungen der Energiepreise mittel- bis langfristig zu verringern.

Bis April will die Kommission einen Gesetzgebungsvorschlag vorlegen, nach dem **die unterirdischen Gasspeicher in der gesamten EU bis zum 1. Oktober eines Jahres zu mindestens 90 % ihres Fassungsvermögens gefüllt sein müssen**. Der Vorschlag würde die Überwachung und Durchsetzung der Füllstände nach sich ziehen und die Möglichkeit von Solidaritätsvereinbarungen zwischen Mitgliedstaaten vorsehen.

Um der Explosion der Energiepreise entgegenzuwirken, will die Kommission alle möglichen Optionen für Notfallmaßnahmen prüfen, mit denen sich das **Durchschlagen der Gaspreise auf die Strompreise begrenzen** lässt, etwa **befristete Preisobergrenzen**.

Bewertung

Mit den neuen geopolitischen Gegebenheiten und der Lage auf dem Energiemarkt möchte die EU den **Übergang zu sauberer Energie** drastisch beschleunigen und Europa unabhängiger von fossilen Brennstoffen machen. Nach der Invasion in die Ukraine sprechen noch mehr Argumente für eine **schnelle, saubere Energiewende**.

Diese erscheint dringend geboten, denn die steigenden Energiepreise belasten bereits jetzt zahlreiche Unternehmen und Endverbraucher. Ökonomen, wie der Direktor des Instituts der Deutschen Wirtschaft, Michael Hüther warnen aber, dass wünschenswerte Klimaschutzmaßnahmen – beispielsweise die Umsetzung des Klimaschutzpakets „Fit for 55“ - die betroffenen Unternehmen und Haushalte mit **weiteren Zusatzkosten** belegten. Diese Kosten müssten durch Unterstützungsmaßnahmen abgemildert werden.

Das Institut der Deutschen Wirtschaft stellt außerdem in Frage, dass ein mögliches EU-Einfuhrverbot für russisches Gas innerhalb weniger Monate eingeführt werden könne. Kurzfristig sei es - mit Blick auf den nächsten Winter – sehr schwer z.B. Flüssiggasimporte in nennenswerten Größenordnungen zu organisieren; Deutschland habe bislang nicht mal ein Flüssiggasterminal.

Auch der heutige Europäische Rat der Staats- und Regierungschefs in Versailles wird ein Einfuhrverbot und die damit verbundenen Kostensteigerungen diskutieren. Dabei dürfte das Ziel der Klimaneutralität nicht in Frage gestellt, aber die Finanzierung des Ziels kontrovers diskutiert werden. Zahlreiche Mitgliedsstaaten fordern bereits eine **Schuldenfinanzierung und die Aufhebung von Verschuldungsgrenzen**, um Haushalte und Unternehmen zu entlasten und die notwendigen Schritte hin zu mehr Klimaschutz und Energieunabhängigkeit zu bezahlen. Dafür sollen die Mitgliedsstaaten mit Ihrer Kreditwürdigkeit haften und eine **Rückzahlung in den nächsten Jahrzehnten** garantieren. Der Druck auf Deutschland dürfte in dieser Debatte besonders groß werden...

Bei Rückfragen kontaktieren Sie gerne:



Dr. Merten Barnert
Vertretung des Landes
Mecklenburg-Vorpommern
bei der Europäischen Union
Boulevard St. Michel 80
B-1040 Brüssel

Telefon: +32 2 741 6006
Fax: +32 2 741 6009
E-Mail: merten.barnert@mv-office.eu
Internet: www.europa-mv.de